# Allgemeiner Anzeiger

## Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

**Verbreitungsbezirk:** Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld, usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver i. Westf. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse Anzeiger Halver.

**Nr. 193** | Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich am Postschalter abgeholt 4,50 Mk. durch die Boten 4,90, durch den Briefträger frei ins Haus gebracht 4,92 Mark. | **Halver** Mittwoch, den 20. Aug. 1919. | Anzeigen: Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 70 Pfg. — Jede Rabattbewilligung wird hinfällig bei zwangsweiser Beitreibung der Gebühren. | **19. Jahrgang**


## Soll es zum Äußersten kommen?

Aus parlamentarischen Kreisen in Weimar wird uns unter dem 16. August geschrieben:

Wiederum tagten wir gestern bis in die Notstunden hinein. Wiederum war eine ganze Sitzung der bestehenden harten und noch bevorstehenden härteren Kohlennot gewidmet. Wiederum wurde von allen Seiten die Katastrophe, der wir für den Winter ins Auge sehen müssen, in den schwärzesten Farben geschildert, und wiederum waren sich alle Redner darin einig, daß nur eine Steigerung der Kohlenproduktion uns vor dem Äußersten bewahren könne. Die Gründe für den tiefbedauerlichen Rückgang der Förderung wurden in der Debatte nur kurz gestreift, die Schuldfrage, über die die Gemüter sich sonst immer nur zu leicht erhitzen — ganz unnötig erhitzen! — fast überhaupt nicht berührt. Um so eindringlicher die Schilderungen des jetzt schon bestehenden Notstandes, vor allem aber die Überlegungen, wie man ihn mildern, oder gar beseitigen könne.

Abg. Hugenberg, der frühere Generaldirektor der Kruppschen Werke, bringt in erster Linie auf Beschaffung der zum Ausgleich der bisherigen Unterernährung nötigen Lebensmittel, dann aber kann er nicht laut genug den Ruf ausstoßen: „Bringt eure Eisenbahnen wieder in Ordnung!" Denn wenn leistungsfähige Lokomotiven und Güterwagen nicht in genügender Zahl zur Stelle sind oder wenn die Beamten und Strecken- oder Werkstättenarbeiter, statt ihre Pflicht zu tun, sich von politischen Agitatoren zu offenen Auflehnungen gegen Staat und Regierung mißbrauchen lassen, dann kann uns auch die angestrengteste Arbeit der Bergleute nichts helfen. Ihre Zahl bleibt überdies schon um mindestens 20 000 Mann hinter dem Bedarf zurück, während bei der Eisenbahn 150 000 Arbeiter mehr in Lohn und Brot stehen, als durch die vorhandene Arbeit gerechtfertigt ist. Die Bergarbeiter beginnen auch schon in andere Berufe abzuwandern, weil die besseren Arbeitsbedingungen, deren sie sich früher immer mit Recht rühmen konnten, mehr und mehr auf alle Arbeitsgebiete ausgedehnt werden. Kann man ihnen heute noch zumuten, aus bloßem Pflichtgefühl bei der ungleich schwereren Arbeit unter Tage auszuharren?

Der Reichswirtschaftsminister Schmidt mußte mit schmerzlichem Bedauern feststellen, daß heute bestimmte Arbeitergruppen streiken, nur um damit ihre Unentbehrlichkeit zu beweisen. Er will alles tun, was zur Besserung der Verhältnisse beitragen kann: ausreichende Wohnungen, gemeinsame Küche, genügende Beköstigung auch der ledigen Arbeiter — aber dann muß auch vorläufig, bis wir über die schlimmsten Gefahren hinweg sind, von der anderen Seite darauf verzichtet werden, alles und jedes noch zum Gegenstand von Forderungen oder gar von Ausstandsbewegungen zu machen, was für den Augenblick noch an unerfüllten und unerfüllbaren Wünschen übrigbleibt. Durchgreifend geholfen würde uns nur, wenn die Arbeiter für einen begrenzten Zeitraum ihre Arbeitszeit um eine Stunde verlängern wollten; allein bis jetzt konnten sie für diesen Gedanken noch nicht gewonnen werden. Was bleibt uns vorläufig anderes übrig, als Raubbau zu treiben, auch mit unsern schönen Wäldern in der unmittelbaren Nähe der Städte, da für den Winter möglichst viel Holzvorräte auf möglichst kurzen Wegen in die Wohnungen beschafft werden müssen? Wenn aber erst der große Herbstgüterverkehr einsetzt, dann wird wahrscheinlich nichts anderes mehr übrigbleiben als den gesamten Personenverkehr einzustellen — soweit ist es mit unserem Wagenmaterial und mit unseren Kohlenvorräten nachgerade gekommen. Die Regierung weiß, welchen unheilvollen Anteil an dieser Entwicklung die unablässige revolutionäre Agitation der Kommunisten und Spartakisten zu tragen hat, und Minister Schmidt sprach wieder einmal davon, daß sie dieser Gefahr „mit aller Entschiedenheit" entgegentreten werde. Wenn dieser Ankündigung nur endlich einmal die entsprechenden Taten folgen würden! Dann würde auch der Mut zur Arbeit sich wieder neubeleben in Stadt und Land.

Aus dem Hause kamen die Abgg. Hué und Imbusch, die Bergarbeitervertreter der Sozialdemokratie und des Zentrums zum Wort und von der Unternehmerseite noch der Abg. Voegeler, der einige praktische Vorschläge zur Erwägung stellte, die vielleicht eine geeignete Grundlage für neue Vereinbarungen mit den Arbeitern darstellen. Von allen Seiten wurde dabei so viel guter Wille zur Verständigung an den Tag gelegt, daß schließlich ein Redner der Rechten von einer Einheitsfront von Hugenberg bis Hué sprechen konnte. Abseits stehen natürlich, wie immer, die Unabhängigen.

Jedenfalls: wir gehen entscheidenden Wirtschaftswochen entgegen. Wieder einmal — und jetzt wohl zum letztenmal — hat die Regierung zu zeigen, daß sie regieren kann. Von dieser Probe wird schließlich unser aller Schicksal mit abhängen.

*

**Weniger Kohlen an die Entente.**

Unsere Gegner wollen uns in der Kohlenfrage entgegenkommen und auf die volle Lieferung von 40 Millionen Tonnen Kohle jährlich nicht bestehen, sondern sich mit der Hälfte begnügen. Es sind vorläufig monatlich nur 1¾ Millionen Tonnen zu liefern. Dieses Zugeständnis ist nur auf Widerruf gemacht; immerhin wird es uns eine kleine Hilfe in der kommenden schweren Winterzeit sein!

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

+ **Die Auswahl der Offiziere für das neue Heer** soll gemäß einer Verfügung des Kriegsministeriums nach besonderen Gesichtspunkten erfolgen, in denen es heißt: Um weitere Anhaltspunkte dafür zu erhalten, welche Offiziere in erster Linie in das zukünftige Friedensheer zu übernehmen sind, wird jedem Offizier, der im Feld- oder in der Reichswehr mit einer Regimentskommandeur-Stelle beliehen war, freigestellt, den tüchtigsten Bataillons-pp. Kommandeur, jedem Offizier, der mit einer Bataillons-pp. Kommandeurstelle beliehen war, den tüchtigsten Kompagnieführer namhaft zu machen.

+ **Deutschlands neue Grenzen.** Der Oberste Rat in Paris hat beschlossen, die Absteckung der neuen deutschen Grenzen durch besondere gemischte Kommissionen bis Ende März nächsten Jahres durchzuführen. Da die Grenzführung in Oberschlesien, Nordschleswig und Teilen Westpreußens von dem Ausfall der Volksabstimmung in den strittigen Gebieten abhängig ist, soll die Abstimmung in allen Bezirken noch im Laufe dieses Jahres stattfinden und spätestens bis Ende Dezember erledigt sein.

+ **Klarheit über Danzigs Schicksal.** Der Entente wurde eine deutsche Note des Inhalts überreicht, daß die Bevölkerung Danzigs über wichtige, im Friedensvertrag nicht klargestellte Fragen Auskunft zu erhalten wünsche, vor allem über die staatliche Zugehörigkeit von dem Augenblick des Ausscheidens von Danzig aus dem Deutschen Reich bis zu ihrer Begründung als freie Stadt, sowie eine Entscheidung über den künftigen Anteil des Freistaates an öffentlichem Eigentum. Ferner wünscht die Bevölkerung, daß möglichst bald an die Ausarbeitung einer neuen Verfassung gegangen werde und das Verhältnis Danzigs zu Polen eine Klärung erfahre. Da sich aus der augenblicklichen ungewissen Lage erhebliche politische und wirtschaftliche Unzuträglichkeiten für die Danziger Bevölkerung ergeben, so bittet die deutsche Regierung um baldmöglichste Einleitung von Verhandlungen hierüber.

+ **Hauskauf Wilhelms II. in Holland.** Wie die holländischen Blätter melden, hat der vormalige Deutsche Kaiser das Besitztum der Baronin von Heemstra in Doorn angekauft. Aus diesem Kauf geht hervor, daß Wilhelm II. nicht damit rechnet, durch den Ausgang eines Prozesses in der Wahl seines Aufenthaltes beschränkt werden zu können.

+ **Arbeitswilligenschutz.** Eine vom Reichs- und Staatskommissar Hörsing und dem Kommandierenden General des 6. Armeekorps für das Belagerungsgebiet des Regierungsbezirks Oppeln erlassene Verordnung verbietet, Arbeitswillige (d. h. Personen, die sich nicht am Streik beteiligen wollen) durch Bedrohung, Einschüchterung, Überredung, Aufstellen von Streikposten und Streikpostenstehen oder in sonstiger Weise an der Aufnahme oder der Ausführung der Arbeit zu verhindern.

+ **Neue Münzprägungen.** Der Staatenausschuß ist ermächtigt worden, anstelle der bisherigen Silbermünzen zu fünfzig Pfennig, Nickelmünzen zu zehn und fünf Pfennig und Kupfermünzen zu einem Pfennig; Münzen mit diesen Nennwerten in abweichender Gestalt und aus anderem Metall außerhalb herstellen zu lassen.

+ **Kriegsverluste an Unteroffizieren.** Nach einer amtlichen Zusammenstellung hat Deutschland im Weltkriege an gefallenen, verwundeten und vermißten aktiven und inaktiven Unteroffizieren im ganzen einen Verlust von 778 560 Mann gehabt. Davon entfallen auf Preußen 610 900, Bayern 79 066, Sachsen 55 390 und auf das württembergische Kontingent 33 204. Die Zahl der Toten beträgt bei Preußen 150 407, Bayern 18 657, Sachsen 12 992, Württemberg 8449, zusammen also 190 205. Auf die einzelnen Chargen verteilen sich die Verluste in der Gesamtsumme der Toten wie folgt: Offizier-Stellvertreter 7879, Feldwebel oder Wachtmeister 2392, Vizefeldwebel oder Vizewachtmeister 30 639, Fähnriche 1211, Fahnenjunker 1301, Serganten 17 494, Unteroffiziere 129 289. Vermißt werden insgesamt 110 618 Angehörige des Unteroffizierstandes, und verwundet wurden nicht weniger als 477 737 seiner Glieder.

+ **Abschiebung Radeks nach der Ukraine.** Wie verlautet, wird der russische Bolschewist Radek nach der Ukraine abgeschoben werden, nachdem diese die Gewähr dafür geboten hat, daß die als Gegenmaßnahme in der Ukraine festgenommenen deutschen Geiseln ebenfalls freigelassen werden.

+ **Streikabsichten der bayerischen Bauern.** Abgeordnete aller Parteien richteten an die bayerische Bauernschaft einen Aufruf, in dem die Bauern ermahnt werden, den gefährlichen Ratschlägen Unverantwortlicher zum Eintritt in einen Lieferstreik kein Gehör zu schenken. Der Streik sei gegenwärtig ein Attentat auf die staatliche Ordnung und ein Verbrechen gegen das Volk. Er würde erneute Unruhen und unsagbares Elend bringen.

+ **Eine Repressalie der Entente.** Über Kopenhagen wird mitgeteilt, daß die Entente den deutschen Schiffen verboten habe, lettische Häfen anzulaufen, weil die deutschen Truppen in Kurland der Aufforderung General Fochs,

---

## Nur ein Mensch.

**Roman von C. Gerhard.**

(Nachdruck verboten.)

28

„Du hast dich in diesen Wochen verschönt, liebstes Herz", sagte Jutta zärtlich; „ich sehe einen fremden, aber überaus reizvollen weichen Zug um deinen Mund, den die Beschäftigung mit der kalten Wissenschaft dir unmöglich geben konnte. Ist da am Ende nicht wirklich jener Unstudierte im Spiel, mit dem Manfred dich schon in Genf neckte?"

Hella nickte errötend.

„In der Tat?" rief Jutta. „Du hast endlich dein bisher so streng gehütetes Herz verschenkt? Oh, erzähle, erzähle! Kenne ich deinen Erwählten?"

Wieder ein Nicken, ein noch tieferes Erröten und dann ein halblautes: „Wir waren in Montreux zusammen in der Villa Richthofen."

„Mr. Humpward?"

„Er ist es!" bestätigte Hella, nun da der Name genannt war, um vieles freier. „Dein ehemaliger Verehrer! Mit der Zeit ändern sich die Empfindungen. Als du damals als erklärte Braut Jensens abreistest, war Mr. Humpward sehr traurig und suchte bei mir Trost. Ich weiß nicht, ob die Wunde in seinem Herzen nicht allzu tief war, oder ich es verstand, sie zu heilen, — kurz ehe sich unsere Wege trennten, gestand er mir, daß er mich lieb habe."

„Und du?" fragte Jutta gespannt.

„Ich erklärte ihm, daß ich seine Gefühle ganz und gar nicht teile, was freilich nicht völlig richtig war, aber es wollte nicht in meinen törichten Kopf, die zweite Liebe Mr. Henrys zu sein, und außerdem hatte ich es mir fest vorgenommen, zu studieren. Jahrelang hörte ich nichts von ihm. Da, im Frühling schrieb er mir, daß die Trennung nur die Neigung in ihm befestigt, und daß er jetzt mit besserem Rechte um mich würbe, da sein älterer Bruder gestorben und er in den Besitz der großen Familiengüter gekommen sei. Du kannst dir denken, daß ich nicht gleich „ja" sagte, obgleich mich diese alles überdauernde Treue rührte, während mir der erwähnte Reichtum unwichtig ist. Wir schrieben uns aber und aus seinen Briefen lernte ich ihn als einen ernsthaft denkenden, guten Menschen kennen, dem ich — nun, dem ich vor etwa acht Tage mein Jawort gab."

„Tausend, tausend Glückwünsche, meine einzige Hella! Oh, wie hätten wir damals ahnen können, daß du einst die Gattin dieses gegen das Frauenstudium so empörten Amerikaners werden würdest!"

Er hat sich damit vollkommen ausgesöhnt, seitdem er, wie er schrieb, in der Stille viel über das nachgedacht, was ich ihm gesagt. Er bot mir sogar in herzlicher Weise an, unsere Gutsangehörigen ärztlich zu behandeln, wenn es mich danach verlangte."

„So fügt sich alles deinen Wünschen, und dir steht eine reiche, schöne Zukunft bevor, meine Hella, wie du sie verdienst! Mögen nie Wolken deinen sonnigen Lebenshimmel verdunkeln!"

„Und kämen sie, so weiß ich, daß auf trübe wieder heitere Tage folgen. Nun aber laß uns von dir reden! Hat dir das Leben gehalten, was es versprach?"

„Schwere Schatten kamen", erwiderte Jutta ernst, „und den Tod meines Kindes werde ich nie verwinden, wenn ich auch vor Manfred ein heiteres Angesicht zeige, denn er ist der vollkommenste Mensch, den ich kenne und des höchsten Glückes würdig."

In ihren Augen schimmerten Tränen der Erregung; sie faßte sich aber schnell und wandte sich an die Freundin mit der Frage: wann sie ihren Verlobten wiedersehen würde.

„Henry schrieb mir, die Ungeduld verzehre ihn fast, und er käme schon in den nächsten Tagen, mein Gott! morgen bereits her, um mich nach kurzem Zusammensein hier frischweg an den Altar zu führen."

„So kann ich dir den Brautkranz auf das Haar drücken, liebe Hella! Welche unverhoffte Freude! Aber nun komme in den Salon, damit Manfred von der Wendung deines Geschickes Kenntnis erhält."

Noch früher, als er geschrieben, schon am selben Abend traf Mr. Humpward ein, äußerlich und innerlich gereift, taktvoll in seinem Benehmen gegen Jutta, voll großer Liebe und Verehrung gegen seine Braut, die glücklich war über den guten Eindruck, den er auch auf die Freunde machte.

Man war an jenem Abend sehr heiter in dem kleinen Hotel. Nach Tisch wurde musiziert. Jutta sang der Freundin den herrlichen Schumannschen Lieder-Zyklus: „Frauenliebe und -leben", dann löste sie ein deutscher Rittmeister ab, der einen vorzüglich geschulten, klangvollen Bariton besaß. Er trug die Löwesche Ballade von Archibald Douglas vor. Erschütternd klang es von seinen Lippen:

„Ich hab' es getragen sieben Jahr',
Ich trag' es länger nicht mehr!"

Manfred seufzte schwer. Das war's, das Wort bezeichnete seine Stimmung; er trug es auch nicht länger mehr. Von Tag zu Tag mehrte sich seine Qual, gesteigert durch die Mühe, sie vor den Augen seines Weibes zu verbergen.

„Du bist so bleich!" sagte sie auch jetzt besorgt. Sie zog ihn auf die Terrasse. Dort schlang sie den Arm um seinen Nacken und bat flehend: „Sage mir, was dich beunruhigt, bedrückt! Bin ich nicht deine Frau, der du alles anvertrauen kannst? Ich bekannte dir damals rückhaltlos meine Not, und du wandeltest sie in Freude durch deine Opfer —"

„Und jetzt erdrückt dieses mich!" wollte er rufen, aber er zwang die herbe Klage mit eiserner Selbstbeherrschung nieder und erwiderte, er fühle sich nicht ganz wohl und die Musik errege seine Nerven.

Trotz dieser Antwort arbeitete Juttas Herz vor banger Furcht in starken, unregelmäßigen Schlägen. Sie fühlte ein Unheil kommen und wußte nicht, wie sie das Unbekannte verscheuchen könnte.

(Fortsetzung folgt.)

das Gebiet zu räumen, nicht nachgekommen sind. Auch die litauische Regierung beschwert sich darüber, daß die Truppen des Generals v. d. Goltz die Räumung nicht ins Werk setzen.

## Frankreich.

× **Die letzten amerikanischen Truppen**, die noch in Frankreich standen, sind für die Heimreise eingeschifft. General Pershing wird mit seinem Leibregiment die Heimreise an Bord des „Levithian" (d. i. der ehemalige deutsche Dampfer „Vaterland") antreten. Sobald die Reise zurückgelegt ist wird der „Levithian" von den Heeresbehörden freigegeben werden und für Passagierdienste in Betracht kommen.

## Großbritannien.

× **Ein neuer Zar von Rußland?** Die englischen Blätter bringen eine Meldung, wonach bei einer in Sibirien stattgefundenen Zusammenkunft der russischen Monarchisten die russische Krone dem Fürsten Krapotkin und auf dessen Weigerung hin Romanowsky, einem Mitglied der Romanow-Familie, angeboten wurde. Romanowsky erklärte sich zur Annahme bereit.

× **Das britische Riesenheer.** Im Unterhause hat Churchill mitgeteilt, daß zwar große Ersparnisse in der Heeresverwaltung beabsichtigt seien, aber daß es nicht gelingen wird, sie sofort durchzuführen. Die 400 000 deutsche und türkische Kriegsgefangenen, die sich noch in britischen Händen befinden, machen ein Bewachungsheer von 100 000 Mann erforderlich. Weiter sind in Belgien und Nordfrankreich 100 000 Briten mit dem Wiederaufbau beschäftigt, während in Mesopotamien 100 000, in Ägypten 90 000, in England 60 000 Mann stehen. Im ganzen kostet das Heer seit April täglich 1 875 000 Pfund Sterling. Churchill hofft die Kosten auf 500 000 Pfund Sterling täglich zurückzubringen. Er hat bereits mit mehreren Einschränkungen einen Anfang gemacht. Das britische Besatzungsheer am Rhein wird auf eine Brigade und zwar auf 4000 bis 5000 Mann zurückgebracht. Es soll ein Luftgeschwader am Rhein bleiben.

## Ungarn.

× **Die neue Regierung** betont in ihrem Programm, daß sie sich als provisorisch betrachtet und nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung sofort zurücktreten wird. Bis dahin wird sie es als wichtigste Aufgabe erachten, die Ordnung, die persönliche und die Vermögenssicherheit herzustellen, damit die demnächst auszuschreibenden Wahlen für die Nationalversammlung in ruhiger Stimmung vor sich gehen können. Die Regierung wird jeder extremen und übertreibenden Strömung entgegentreten, sowohl bolschewistischen Umtrieben wie auch Kundgebungen der Reaktion und der konfessionellen Unduldsamkeit. In ihrer auswärtigen Politik erachtet die Regierung gute Beziehungen zur Entente für einem maßgebenden Gesichtspunkt, und ihr Hauptbestreben wird es sein, dem Land möglichst bald einen befriedigenden Frieden zu verschaffen.

## Spanien.

× **Verdächtigung des deutschen Gesandten.** Im Ministerium des Äußeren wurde ein Beamter verhaftet, der angeblich schon lange Zeit amtliche Depeschen verraten haben soll. Die ententefreundliche spanische Presse behauptet, daß diese Depeschen von der deutschen Gesandtschaft aufgekauft worden seien, und verlangt Abberufung des deutschen Geschäftsträgers.

## Amerika.

× **Änderung der Völkerbundverfassung.** Die bisherigen Verhandlungen im Senat lassen erkennen, daß Änderungen in der Verfassung des Völkerbundes angenommen werden sollen, die erstens den Vereinigten Staaten in der Versammlung des Völkerbundes ebensoviel Stimmen zusprechen wie Großbritannien und zweitens Schantung an China zurückgeben.

## Aus In- und Ausland.

**Weimar.** Der im Baltikum Kommandierende General v. d. Goltz ist von der deutschen Reichsregierung abberufen worden und hat Befehl erhalten, sich in Kolberg zu melden.

**Weimar.** Das preußische Kabinett beschloß, den preußischen Beamten die gleiche Teuerungszulage auszuzahlen, die das Reich seinen Beamten gewährt.

**Weimar.** Das Gesetz betr. die Reichsabgabenordnung ist vom Ausschuß angenommen worden.

**Dresden.** Die Zahl der militärischen Todesopfer bei den Chemnitzer Unruhen ist nunmehr endgültig festgestellt. Nach Mitteilungen von zuständiger Stelle sind 8 Offiziere und 15 Soldaten getötet und 6 Offiziere und 85 Soldaten verwundet worden.

**Budapest.** Die sogenannte Szegediner Regierung hat sich zugunsten der Regierung Friedrich aufgelöst. Erzherzog Josef dementiert die Nachricht, daß er ein Schreiben des Kaisers Karl erhalten habe.

**Amsterdam.** Die südafrikanische Regierung hat das Parlament zum 15. September einberufen, um über die Fragen, die sich auf den Friedensvertrag beziehen, und vor allem über die Frage des Mandats für Deutsch-Südwestafrika zu beraten.

**Paris.** Die Antwort des Obersten Rates an Rumänien ist abgesandt worden. Sie gibt der Erwartung Ausdruck, daß von jetzt ab die Angelegenheiten in Budapest in harmonischem Zusammenwirken geregelt werden.

**Versailles.** Aus einem stark zensurierten Artikel des „Populaire" geht hervor, daß es im Elsaß fortgesetzt zu Zusammenstößen zwischen französischen Soldaten und Zivilisten mit den Eingeborenen, die deutsch sprechen, kommt.

**Rom.** Nach einer Verordnung des italienischen Eisenbahnministers wird der direkte italienisch-deutsche Eisenbahnverkehr nach beiden Richtungen durch die Schweiz eröffnet.

# Deutsche Nationalversammlung.

(81. Sitzung.)

*CB.* **Weimar**, 18. August.

Auf der Tagesordnung steht die erste und zweite Beratung des Entwurfes eines Gesetzes über einen Anleihekredit für das Jahr 1919. Danach soll der Reichsfinanzminister ermächtigt werden, zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben neun Milliarden Mark im Wege des Kredits flüssig zu machen, den einzelnen Reichsverwaltungen aus Anlaß des Krieges und der Demobilmachung erforderliche Teilbeträge von 7 Milliarden Mark zu überweisen und 2 Milliarden für Leistungen aus dem Friedensvertrage zu verwenden. Es entsteht zunächst

**eine Geschäftsordnungsdebatte.**

Zunächst machte der Abgeordnete Hugenberg darauf aufmerksam, daß sich die Vorlage noch gar nicht in den Händen der Abgeordneten befände, vielfach seien auch amtliche Drucksachen sinnentstellend verstümmelt. Endlich sei das Haus nicht einmal beschlußfähig. Unter dem lebhaften Beifall der Rechten und großer Unruhe der Linken erklärte Redner namens seiner Fraktion, sie hätten den Eindruck, daß durch die überstürzte Art der Vorlegung die Gründlichkeit der Verhandlungen sogar vermieden werden solle. Das könnte die deutsch-nationale Fraktion nicht mehr mitmachen, sie beantrage Absetzung dieser Vorlage. — Dem Redner gegenüber erklärte Finanzminister Erzberger: Wenn Sie dem Antrage stattgeben, machen Sie es dem Reichsfinanzministerium unmöglich, ordnungsmäßig Gelder auszugeben. Man gerate dann vor den

**Staatsbankrott.**

(Große Bewegung, lebhafte Unruhe.) Die Nationalversammlung müsse jetzt wenigstens die erste Lesung vornehmen und das Gesetz an den Ausschuß verweisen. Dann bleibe für gründliche Beratung des Gesetzes genügend Zeit. Der Abgeordnete der Deutschen Volkspartei Dr. Hintze erklärte, seine Partei verlange ebenfalls Absetzung der Vorlage. Man sei in der letzten Zeit mit Gesetzesvorlagen überschüttet worden, von denen die Mehrheitsparteien sehr genaue Kenntnis hatten, während die Minderheitsparteien davon nicht unterrichtet gewesen waren. Dadurch habe man diese Parteien in einen Nachteil gebracht; sie müssen verlangen, daß ihnen Gelegenheit gegeben werde, Vorlagen in gründlicher Weise zu durchdenken und zu beraten. (Beifall rechts, Unruhe links.)

Die Geschäftsordnungsdebatte zog sich noch lange hin. Schließlich wurde der Antrag der Deutschnationalen gegen die Stimmen der Rechten und der Unabhängigen abgelehnt. Es folgte die erste Beratung des Gesetzes über einen Anleihekredit für das Jahr 1919. Abg. Dernburg (Dem.) beantragte Verweisung der Vorlage an den Ausschuß. Das Haus beschloß dementsprechend.

**Auflösung des alten Heeres.**

Zur Beratung kommen dann im Anschluß an die Auflösung des alten Heeres die verschiedenen Vorlagen zugunsten der Offiziere und Unteroffiziere, die entlassen werden müssen.

Reichswehrminister **Noske** wandte sich mit starker Erregung gegen alle Anzweiflungen der Tatsache, daß Deutschland den Friedensvertrag ehrlich und loyal durchführe. Diese unberechtigten Zweifel, die durch die Agitation der Unabhängigen genährt werden, sind einer der wesentlichen Gründe dafür, daß Frankreich sich nicht entschließen kann, die

**deutschen Gefangenen**

zurückzugeben. Ich weiß — so erklärte der Minister — aus einwandfreier und authentischer Quelle, daß die Franzosen unsere unglückseligen Kriegsgefangenen deshalb festhalten, weil sie befürchten, sie könnten unsere Wehrmacht vermehren, von der man sich draußen zum Teil außerordentlich übertriebene Vorstellungen macht. Gerade weil wir den Friedensvertrag auch in bezug auf Verminderung der Wehrmacht restlos erfüllen wollen, müssen jetzt Zehntausende von Berufsoffizieren entlassen werden. Der Reichswehrminister wandte sich dann entschieden gegen diejenigen Proteste von Offizieren und Kapitulanten, die in ungehöriger Form und mit ungerechten Übertreibungen auftreten. Die Mängel, die das Gesetz noch aufweist, werden zum Teil durch den Härteparagraphen beseitigt, der es dem Reichswehrminister und dem Reichsfinanzminister ermöglicht, einen Ausgleich zu schaffen. Ich gebe die Versicherung, so schloß Noske, daß wir von dieser Ermächtigung in der wohlwollendsten und warmherzigsten Weise Gebrauch machen werden. Wir werden dafür sorgen, daß das Gesetz eine wertvolle Beihilfe für alle tatkräftigen Leute bedeutet, sich ein neues Leben zu gründen.

# Abwanderung aus der Ostmark.

Eine Gefahr für das Deutschtum.

Aus den bedrohten östlichen Grenzgebieten — so wird uns von unterrichteter Seite geschrieben — die nach dem Machtspruch der Entente den Polen ohne weiteres zufallen oder die durch Volksabstimmung über ihre künftige Staatszugehörigkeit selbst entscheiden sollen, hat eine starke Abwanderung der deutschen Elemente eingesetzt. So menschlich begreiflich dies für den Einzelnen ist, so ist es als Massenerscheinung doch eine große Gefahr für das Deutschtum und für die Heimat. Das Deutschtum braucht jetzt da draußen jeden Mann und jede Stimme. Und in der Heimat ist Not, Arbeitslosigkeit und Wohnungsmangel im Überfluß vorhanden, die durch erheblichen Zustrom aus dem Osten noch gesteigert werden würden. Daher ergeht die Warnung an alle, sich mit dem Plan sofortiger Übersiedelung tragenden Deutschen, vornehmlich der Beamten, Lehrer und Kaufleute, sich ihre Absicht noch einmal gründlich zu überlegen. Den dort verbliebenen Deutschen ist durch den Friedensvertrag für die Option, d. h. ob sie Deutsche bleiben oder Polen werden wollen, zwei Jahre Zeit gelassen. Ein jeder kann daher die Entwicklung der Dinge an seinem bisherigen Wohnort in Ruhe abwarten. Je fester und geschlossener das Deutschtum in den bedrohten Gebieten auftritt, um so weniger hat es von den Polen zu fürchten.

Der Abwanderer muß ferner berücksichtigen, daß, wenn er ohne zwingende Notwendigkeit seinen alten Wohnsitz verläßt, er im Reich nicht die Aufnahme finden wird, die er vielleicht erwartet. Unterstützungen aus der Flüchtlingshilfe kommen für ihn nicht in Betracht. Die Wohnungsnot ist bei uns so groß, daß er kaum Unterkunft finden wird. In vielen Gemeinden ist eine Zuwanderung untersagt. Und Arbeit ist auch schwer zu beschaffen.

# Amerika will Mexiko annektieren.

England stimmt zu.

Paris, 18. August.

**Nach zuverlässigen Meldungen aus Amerika sind die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko gespannter denn je. Die führenden amerikanischen Blätter sehen einen Konflikt voraus und erklären, daß England sich mit der Annexion Mexikos durch die Vereinigten Staaten einverstanden erklärt habe.**

Das reiche Mexiko mit seinen gewaltigen Silberbergwerken steckt den Amerikanern schon lange Jahre in der Nase und sie halten nun den Augenblick für gekommen, sich dieses Land „im Namen der Zivilisation" anzueignen.

**Carranza wehrt sich.**

Der mexikanische Präsident Carranza läßt sich nicht einschüchtern und wehrt sich seiner Haut. So hat er den Haupthetzer, den britischen Geschäftsträger in Mexiko, Commins, kurzer Hand aus Mexiko ausgewiesen. Die Engländer behaupten, aus Ärger darüber, daß man Carranza bis jetzt noch nicht als Präsident anerkannt habe. Die amerikanische Presse nennt die Handlungsweise Carranzas einen England angetanen Schimpf, der es veranlassen könne, gegen Mexiko vorzugehen. „New York Herald" erklärt, die Ausweisung Commins käme einer Deportation gleich.

# Ludendorffs Denkwürdigkeiten.

**Der U-Boot-Krieg.**

Das lange angekündigte, sehr umfangreiche Buch Ludendorffs erscheint nunmehr. Der General behandelt darin zunächst das Risiko des verschärften U-Boot-Krieges und sagt:

Um die Jahreswende 1916/17 war die militärische Lage ungemein schwierig und ein Ausweg kaum zu finden. Deshalb gewannen die Friedens- und U-Boot-Frage eine außerordentliche Bedeutung. Ludendorff kommt dann auf das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember 1916, dem er skeptisch gegenüberstand, und der bekannten Note des Präsidenten Wilson vom 18. Dezember, in der die Kriegführenden um Bekanntgabe der Bedingungen ersucht wurden, zu sprechen. Da die Entente sich ablehnend verhielt, blieb nach Ludendorff, als letztes Mittel, den Krieg in absehbarer Zeit zu beenden, nur der uneingeschränkte U-Boot-Krieg. Der General schildert dann die Verhandlungen, die zu dessen Erklärung führten. Die entscheidende Besprechung fand am 9. Januar unter dem Vorsitz des Kaisers statt. Auch der Reichskanzler sprach sich dabei im vollen Gefühl seiner politischen Verantwortlichkeit dafür aus. Um Mitte Januar lief bei der Obersten Heeresleitung, so erzählt Ludendorff weiter, vom Auswärtigen Amt eine Äußerung des Grafen Bernstorff vom 10. Januar ein, in der es hieß, daß die Denkschrift über bewaffnete Handelsschiffe die Friedensvermittlung des Präsidenten Wilson zum Scheitern bringen würde. Ludendorff war davon überrascht. Von einer besonderen Vermittlung des Präsidenten Wilson war nicht mehr die Rede gewesen. Sowohl Ludendorff wie der Reichskanzler war der Ansicht, daß sich Graf Bernstorff in seinem Schreiben vom 10. Januar nur auf den Schritt Wilsons vom 18. Dezember bezogen haben könnte. Am 16. Januar sagte der Reichskanzler zum Grafen Bernstorff: „Wir sind entschlossen, das Risiko (des Bruchs und möglicherweise des Krieges mit den Vereinigten Staaten) auf uns zu nehmen."

**Besorgnis vor der Revolution.**

Eingehend bespricht Ludendorff auch die inneren Vorgänge in Deutschland im Frühjahr und Sommer 1917 und sagt: Die Oberste Heeresleitung sah mit steigernder Sorge den Stimmungsniedergang in der Heimat. Der Reichskanzler fand keinen Ausweg aus der Lage und noch weniger Kraft zum Handeln. Ludendorff schildert dann die politischen Vorgänge im Juli 1917, die zur Friedensresolution des Reichstags und zum ersten Abschiedsgesuch Bethmann Hollwegs führten, das abgelehnt wurde. Ich konnte, sagt Ludendorff, nach dem Vorgefallenen den Kanzler nicht mehr für den geeigneten Mann halten, der das deutsche Volk aus dem Tiefstand der geistigen Spannkraft heraus zum Siege führen könnte . . . Die Hoffnung, in vollster Übereinstimmung mit dem Reichskanzler für den Sieg zu arbeiten, war zusammengebrochen.

**Abschiedsgesuche Ludendorffs und Hindenburgs.**

Ich schrieb, sagt Ludendorff, deshalb mein Abschiedsgesuch, und der Generalfeldmarschall schloß sich mir an. Inzwischen hatte der Kronprinz am 12. vormittags eine Rücksprache mit den Parteiführern des Reichstags, die sich der Mehrzahl nach für sofortigen Kanzlerwechsel erklärten oder ausführten, daß ihnen an einem Bleiben des Kanzlers nichts liege. Für ihn trat niemand ein. Der Kaiser entschloß sich nunmehr, ein neues Abschiedsgesuch des Reichskanzlers anzunehmen."

**Das belgische Pferd.**

Was die Friedensnote des Papstes vom 1. August 1917 betrifft, die sich auf den Boden eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen stellte, so versprach sich Ludendorff von diesem Versuch, zum Frieden zu kommen, nichts. Die Antwort des Reichskanzlers Michaelis deckte sich gleichfalls nicht mit seinen Anschauungen. Ende August oder Anfang September hieß es, so erzählt Ludendorff, plötzlich, es böte sich Gelegenheit mit der Entente zu Besprechungen zu kommen. Aus dem neutralen Ausland war die Kunde gekommen, England erwarte von uns eine Erklärung über Belgien. Das Friedesgespräch führte zu verschiedenen Erörterungen mit dem Reichskanzler über die belgische Frage. Der wirtschaftliche Anschluß Belgiens wurde unser Ziel. Ich erwartete, daß Staatssekretär v. Kühlmann in einer Reichstagsrede Ende September eine öffentliche Erklärung über Belgien in diesem Sinne abgeben würde. Am 20. September hatte Oberst Haesten mit ihm eine längere Besprechung hierüber. Der Staatssekretär verhielt sich indessen ablehnend und äußerte:

**Wer sagt Ihnen überhaupt, daß ich geneigt bin, das Pferd Belgien zu verkaufen? Darüber habe ich zu entscheiden. Vorläufig steht dieser Gaul gar nicht zum Verkauf."**

In seiner Rede vom 5. Oktober sprach er nicht über Belgien, sondern über Elsaß-Lothringen und die Unversehrtheit des Reichsgebiets. Von der Friedensaussicht war nicht mehr die Rede.

**Ludendorffs Entlassung.**

Über seinen Sturz spricht Ludendorff ausführlich. Nach dem Eingang der zweiten Note Wilsons fand in Berlin die große Kabinettssitzung statt, in der Ludendorff für die Organisation eines neuen nationalen Widerstandes wirkte. Es schien auch zwei Tage lang so, als ob der Krieg weitergeführt werden sollte. Hindenburg erließ einen Armeebefehl, der sich in schärfster Weise gegen Wilson aussprach. Über diesen Armeebefehl ist Ludendorff nach seiner eigenen Darstellung letzten Endes gestürzt. Der Kaiser sprach sich am 19. Oktober gegen diesen Armeebefehl aus. Ludendorff fühlte, daß er das kaiserliche Vertrauen verloren hatte, und bat um seine Entlassung. Wilhelm II. gewährte sie ihm mit den Worten:

**„Ihr Abgang wird mir ermöglichen, mir mit Hilfe der Sozialdemokraten ein neues Reich zu schaffen."**

Ludendorff ging vom Kaiser zu Hindenburg, dem er sagte:

**„In vierzehn Tagen werden wir keinen Kaiser mehr haben."**

In den Schlußkapiteln behandelt Ludendorff ausführlich die Kämpfe im Westen im Jahre 1918 und untersucht von seinem Standpunkte aus die Gründe, die zum militärischen Zusammenbruch, zum Waffenstillstandsangebot und schließlich zum Frieden führten.

# Lokales und Provinzielles.

**Halver**, den 20. August

□ **Die Körperpflege im Hochsommer.** Ob wir in diesem „Hochsommer" noch allzu große Hitze erleben werden, erscheint einigermaßen fraglich, aber möglich ist alles, und darum dürften einige Ratschläge über sommerliche Körperpflege auch jetzt noch nicht nutzlos sein. Es sind in Tagen großer Hitze, abgesehen von den täglichen gründlicher Waschungen und von den Fußbädern, wegen der erhöhten Schweißabsonderung und wegen des Staubes häufige Reinigungsbäder besonders nötig. Aber außerdem sind Erfrischungsbäder von großem Wert, zumal wenn sie planmäßig mit Abhärtung und Kräftigung des Körpers verbunden werden. Schwimmbäder und Duschen sind sehr am Platze. Nach den Bädern fühlt sich der Körper deshalb so erfrischt, weil wir durch sie die verstopften Poren der Haut reinigen, wodurch die für uns wichtige sogenannte Hautatmung erleichtert wird. Aber auch hier ist wie beim Betreiben von Sport zu beachten, daß Übertreibungen in der Dauer und in den Leistungen mehr schaden als nützen. Auch häufige Luft- und Sonnenbäder (5 bis 10 Minuten) sind mit dieser Beschränkung aus Gründen der Abhärtung sehr zu empfehlen. Sport jeder Art, besonders Turnen, Tennis, Bergwanderungen mögen im Sommer sehr gepflegt werden, denn sie sind dem Körper sehr zuträglich, nur muß die Sache systematisch betrieben und die Anforderungen nur langsam gesteigert werden. Bei großer Erhitzung hüte man sich vor hastigem Genuß eisiater Getränke. Bei trockener Kehle und heftigem Durst nehme man zunächst mehrmals kühles

# Saatgutverkehr mit Brotgetreide und Gerste.

Auf Grund der Verordnung über den Saatgutverkehr mit Brotgetreide und Gerste vom 20. Juni 1919 (RGBl. S. 566) wird für den Kreis Altena folgendes bestimmt:

I.

**Bezug von Saatgetreide auf Saatkarte.**

Wer zur Aussaat im Kreise Altena Brotgetreide (Roggen Weizen, Spelz, Dinkel, Fesen, Emer, Einkorn) u. Gerste erwerben will, sei es im Kreise Altena selbst oder in anderen Kreisen, bedarf dazu einer Saatkarte. Das Gleiche gilt für den Abschluß von Rechtsgeschäften, durch die eine Verpflichtung zu solcher Lieferung begründet wird.

Gemenge (Mischfrucht, Mengkorn) in dem sich Brotgetreide befindet, gilt als Brotgetreide; Gemenge in dem sich kein Brotgetreide, aber Gerste befindet, gilt als Gerste.

Die Anträge auf Ausstellung der Saatkarten für Verbraucher sind bei dem Bürgermeister oder Amtmann des Bezirks, in dem das Grundstück bestellt werden soll, zu stellen. Der Antrag muß enthalten: Vor- u. Zuname, Stand u. Wohnort des Antragstellers, Gemeinde, Gesamtgröße der Anbaufläche, ungefähre Größe der mit der betreffenden Fruchtart zu bestellenden Gesamtfläche, Menge und Art des Saatgutes, sowie die Empfangsstation, wenn das Getreide mit der Eisenbahn befördert werden soll. Für Lieferung von Saatgut derselben Fruchtart und Sorte an mehrere Landwirte derselben Gemeinde können Sammelsaatkarten beantragt werden.

Die Bürgermeister oder Amtmänner werden die eingehenden Anträge sofort an mich weitergeben. Anträge die nicht bei dem Bürgermeister oder Amtmann, sondern unmittelbar bei mir gestellt werden, gehen zunächst an den Bürgermeister oder Amtmann zur Prüfung zurück. Ich rate also jedem zur Vermeidung von Verzögerungen den vorgeschriebenen Weg einzuhalten.

Die ausgestellten Saatkarten gelten nicht zum Bezuge bei einem bestellten Veräußerer, es kann vielmehr das Saatgetreide nach Belieben bei irgend jemanden, der zur Veräußerung von Saatgetreide zugelassen ist, bezogen werden. Der Name dessen, bei dem bezogen werden soll, braucht also in dem Antrage nicht abgegeben zu werden.

Der Erwerber von Saatgut hat die vollständige Saatkarte, die aus 3 gleichen Abschnitten: A, B und C besteht, zu dem Veräußerer spätestens beim Abschluß des Vertrages auszuhändigen. Wird das Saatgut mit der Eisenbahn versandt, so hat sich der Veräußerer von der Versandstation auf jeden Abschnitt der Saatkarte die Absendung unter Angabe der Art des Saatgutes, der versandten Mengen und des Orts bescheinigen zu lassen, nach dem das Saatgut verfrachtet ist. Erfolgt die Versendung nicht mit der Eisenbahn, so hat sich der Veräußerer auf jedem Abschnitt der Saatkarte den Empfang durch den Erwerber bebescheinigen zu lassen.

Der Veräußerer hat bei Lieferung des Saatgutes den Abschnitt A abzutrennen und innerhalb einer Woche der Reichsgetreidestelle mittels eingeschriebenen Briefes auf seine Kosten zu übersenden. Die Abschnitte B und C hat der Veräußerer dem Kommunalverband des Wohnortes einzureichen. Der Kommunalverband hat, wenn das Saatgut in einen anderen Kommunalverband gebracht wird, Abschnitt C der Saatkarte an diesen Kommunalverband weiterzusenden.

II.

**Berechtigung zur Veräußerung von Satagetreide.**

Wer selbstgebautet Saatgetreide veräußern will, muß in jedem Falle nach § 3 der Reichsgetreideverordnung für 1919 die besondere Genehmigung des Kreisausschusses einholen.

Unternehmern landwirtschaftlicher Betriebe im Kreise Altena wird der Kreisausschuß auf Antrag, der beim Bürgermeister oder Amtmann unter Angabe der Art und Menge, die veräußert werden soll, zu stellen ist, unter Umständen die Genehmigung zum Verkaufe selbstgezogenen guten Saatgetreides (Handelssaatgut) zu Saatzwecken allgemein erteilen. Diese Genehmigung kann jedoch auf eine bestimmte Menge und Sorte beschränkt werden.

III.

**Händler**

Wegen Zulassung von Händlern zum Handel mit Saatgut aus der Ernte 1919 nehme ich Bezug auf die in Nr. 185 des Altenaer Kreisblattes veröffentlichte Bekanntmachung vom 8. August ds. Js. Bezug.

Der Antrag auf Ausstellung von Händler-Saatkarten ist in jedem Falle nach einem vorgeschriebenen Formular das bei den Ortsbehörden (Bürgermeister oder Amtmann) zu haben ist, unmittelbar bei dem Herrn Regierungspräsidenten in Arnsberg zu stellen.

IV.

**Allgemeine Bestimmung.**

Die Veräußerung, der Erwerb und die Lieferung von Wintergetreide zu Saatzwecken darf nur in der Zeit vom 15. Juli bis 15. Dezember 1919, von Sommergetreide zu Saatzwecken nur in der Zeit vom 1. Januar bis zum 1. Juni 1920 geschehen. Saatgut, das nach Ablauf dieser Fristen sich noch bei den zugelassenen Händlern oder bei den Verbrauchern befindet ist an die mit dem Ankauf des beschlagnahmten Getreides von der Reichsgetreidestelle oder dem Kommunalverbande beauftragten Kommissionäre abzuliefern. Der Erwerber hat für diese Mengen den allgemeinen Höchstpreis, nicht den Sonderpreis für Saatgut zu zahlen. Im Streitfall entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde. Sie bestimmt, wer die baren Auslagen des Verfahrens zu tragen hat.

V.

**Strafbestimmung.**

Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden nach § 80 Absatz 1 Nr. 4 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Wer Früchte zu Saatzwecken verkauft oder kauft, obwohl er weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß sie nicht zu Saatzwecken bestimmt sind, macht sich ebenfalls strafbar.

Altena, den 14. August 1919.

**Der Kreisausschuß des Kreises Altena.**
**Der Vorsitzende:** Thomée, Landrat.

---

# Jahresfest

der christl. Gemeinschaft Halver Berlinerstraße 27a.

**Sonntag, den 24. August, punkt 3 Uhr nachmittags beginnend.** Kaffee 30 Pfg. Festredner: **Prediger Fr. Kaiser aus Bonn.** Ansprachen und Vorträge verschiedener Gesangchöre wechseln ab.

**Jedermann ist herzlich eingeladen.**

---

# Amt Halver.

**Ware Nr. 1 des Lebensmittel-Ausweises.**

Abgabe erfolgt in der Zeit vom 20. bis einschl. 26. Aug. ds. Js. auf

**gelbe** Warenkarte Nr. 88
**grüne** „ „ 82
**rote** „ „ 69

nach folgendem Plane:

| Lebensmittel-Ausweis-Nr. | Verkaufsstelle. |
|---|---|
| **a) Gemeinde Halver.** | |
| 1—450 | Konsumverein Halver, Kronprinzenstraße |
| 451—650 | Konsumverein Halver, Berlinerstraße. |
| 651—800 | Konsumverein Halver Mühlenstraße |
| 801—960 | Carl Fastenrath, Halver |
| 961—1130 | Aug. Schäckermann Halver, |
| 1131—1200 u. 1901—1970 | Ww. E. Lausberg, Halver |
| 1971—2085 | Ernst Neuser Halver. |
| 2086—2200 | Geschw. Vogt in Halver |
| 2221—2400 | Karl Goes, Schwenke. |
| 1201—1280 | Konsumverein Oberbrügge, |
| 1281—1350 | Konsumverein Schmidtstepen. |
| 1351—1462 | Max Laisle, Oberbrügge. |
| 1463—1620 | Ww. Otto Hager, Ehringhausen |
| 1621—1800 | Konsumverein Deckinghausen |
| 1801—1900 | Paul Husser Halver. |
| **b) Gemeinde Schalksmühle.** | |
| 1—400 | Konsumverein Schalksmühle |
| 401—473 | Ww. Th. Reeswinkel, Schalksmühle |
| 474—542 | Wilh. Heedfeld, Schalksmühle |
| 543—620 | Ww. Czechan, Schalksmühle |

**Jeder Empfangsberechtigte erhält den auf ihn entfallenden Warenanteil, den er innerhalb der vorbezeichneten Verkaufstage zu beliebiger Zeit entnehmen kann.**

**Gedränge in den Verkaufsstellen ist darum sinnlos.**

Halver, den 19. Aug. 1919. **Der Amtmann.**

---

# Gemeinde Halver.

**Kartoffel-Versorgung.**

Unter Hinweis auf meine Bekanntmachung vom 6. ds. Mts. mache ich bekannt, daß die weitere Ausgabe von Kartoffeln an die Bezugsbrechtigten der Gemeinde Halver am **Donnerstag, den 21. ds. Mts.** stattfindet.

Es werden verausgabt für jede Person des Haushalts 8 Pfund zum Preise von 1,45 Mk.

Für die Ausgabe gelten nach der Reihenfolge der Lebensmittelkarten-Nr. folgende Termine:

| | | | |
|---|---|---|---|
| 1201—1500 | vormittags | 8 | Uhr |
| 1501—1800 | „ | 9 | „ |
| 1801—2100 | „ | 10 | „ |
| 2101—2360 | „ | 11 | „ |
| 1—250 | „ | 11½ | „ |
| 251—500 | nachmittags | 2 | „ |
| 501—750 | „ | 3 | „ |
| 751—1000 | „ | 4 | „ |
| 1001—1200 | „ | 5 | „ |

Halver, den 19. August 1919.

**Der Amtmann.**

---

# Amt Lüdenscheid.

**Oeffentliche Mahnung.**

Sämtliche rückständige Steuern des 2. Vierteljahres des laufenden Steuerjahres 1919 sowie die sonstigen fälligen Abgaben sind bis zum 23. ds. Mts. hier zu entrichten. Bei Zahlung im bargeldlosen Verkehr (Bank, Sparkassen oder Postscheck- Ueberweisung) muß der Rückstand bis zum genannten Zeitpunkte zu unserer Verfügung stehen. Nach Ablauf dieser Frist beginnt am 24. cr. die kostenpflichtige Zwangsbeitreibung der verbliebenen Rückstände.

Lüdenscheid, den 18. August 1919.

**Amts- und Gemeindekassen-Verwaltung:**
Schulte, Amtsrentmeister.

---

# Schlachtung von Pferden und Pferdefleischverkauf.

Der Ankauf von Pferden zur Schlachtung, der Betrieb des Pferdeschlachtgewerbes und der Handel mit Pferdefleisch ist in Zukunft nur den Kommunalverbänden gestattet. Die Ausfuhr von Pferden, die zu Schlachtzwecken bestimmt sind, aus dem Bezirk der Provinz bedarf der Genehmigung der Provinzialfleischstelle.

Ich bin vom Kreiskommunalverband ermächtigt, bei dem Ankauf von Schlachtpferden und bei der Leitung der gesamten Fleischbewirtschaftung, insbesondere bei der Rationierung des Pferdefleisches im Verkauf mich bestimmter Pferdemetzger oder anderer Leute zu bedienen, die dann lediglich im Auftrage des Kommunalverbandes unter meiner Aufsicht und nicht im eigenen Privatgeschäft tätig sein werden.

**Falls ein Pferd geschlachtet werden muß, werde ich die Anweisungen hiernach in jedem Einzelfalle verteilen.**

Vorkommendenfalls sind entsprechende Anträge bei mir zu stellen, und zwar unter Vorlage einer Bescheinigung eines Tierarztes, daß die Schlachtung notwendig ist.

**Jeder, der ohne meine Genehmigung im Amtsbezirk Pferde zur Schlachtung kauft oder verkauft, schlachtet oder Pferdefleisch verkauft, wird streng bestraft.**

Lüdenscheid, den 15. Aug. 1919.

**Der Amtmann:** J. V. Krumm.

---

**Samstag, den 23. August cr., nachmittags 5 Uhr** verkaufe ich an Ort und Stelle für Frau Wehner in Schmidthausen

## ca. 4 Morgen Hafer

gegen sofortige Barzahlung.

**Koopmann, beeid. Aukt. Kierspe**

---

# Janus!

## Hamburger Vers.-Akt.-Gesellsch. gegr. 1848.

**Lebens-, Aussteuer-, Unfall- und Haftpflicht-Versicherung,**

**sowie Norddeutsche Feuer-Versicherungs-Gesellschaft.**

**Vertreter für den hiesigen Bezirk:**

**Walter Henkel, Anschlag Bez. Dortmund.**

---

# Bekanntmachung.

Auf Grund des § 8, Abs. 1 Nr. 1 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 vom 18. Juni 1919 (R. G. Bl. S. 535) und der dazu ergangenen Ausführungsverordnung des Reichsernährungsministers vom 5. August 1919 (R. G. Bl. S. 1367) wird hierdurch mit Bezug auf Ziffer 6 meiner Anordnung vom 7. August 1919 betr. die Bewirtschaftung des Getreides der Ernte 1919 für den Umfang des Kreises Altena folgendes bestimmt:

§ 1. Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe dürfen vom 16. August 1919 ab bis auf weiteres aus ihren selbstgebauten Früchten zur Ernährung der Selbstversorger auf den Kopf

**1. an Brotgetreide monatlich zwölf Kilogramm,**
**2. an Gerste monatlich fünf Kilogramm**

verbrauchen.

§ 2. Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe, deren Zuchtsauen gedeckt sind und die solches schriftlich bei dem zuständigen Bürgermeister oder Amtmann zu Protokoll gegeben haben, dürfen vom 16. August 1919 ab aus ihrer selbstangebauten Gerste an die Zuchtsauen zwei Zentner nur in gedroschenem Zustande für den Wurf verfüttern. Die Verfütterung ungedroschener Mengen darf nur in Ausnahmefällen mit meiner vorherigen Genehmigung erfolgen. Etwaige Anträge sind mir durch die zuständige Ortsbehörde einzureichen.

§ 3. Auf der Wirtschaftskarte, die für die Bestimmung der Ablieferungsschuldigkeit maßgebend ist, wird selbstverständlich nur die hiernach zum Verbrauch oder zur Verfütterung zugelassenen Mengen hinaus verbraucht, bezw. verfüttert, macht sich strafbar. Außerdem wird ihm das Recht der Selbstversorgung in Brotgetreide entzogen.

§ 4. Diese Bekanntmachung tritt sofort in Kraft.

Altena, den 15. August 1919.

**Der Kreisausschuß des Kreises Altena.**
**Der Vorsitzende:** Thomée, Landrat.

---

# Amt Lüdenscheid.

## Frühkartoffeln.

Es ist zu meiner Kenntnis gelangt, daß einzelne Erzeuger ihre Frühkartoffeln frei verkaufen. Diese Leute machen sich strafbar, und ich werde unnachsichtlich gegen sie vorgehen. Ich nehme aber dieses zum Anlaß, wiederholt darauf hinzuweisen, daß nach der Verordnung des Kreisausschusses die Frühkartoffeln der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen. Jeder Erzeuger hat sofort die Menge der Frühkartoffeln, die er erntet, mir anzuzeigen. Er hat dabei auch seinen eigenen Bedarf anzumelden. Dieser Bedarf wird nachgeprüft werden, und es wird danach die in Anspruch zunehmende Menge bestimmt, auch angeordnet werden, wann und wohin sie abzuliefern ist.

Ich warne nochmals ausdrücklich, diese Bestimmungen zu umgehen.

Lüdenscheid, den 16. Aug. 1919.

**Der Amtmann:** J. V. Krumm.

---

**Am Mittwoch, 20. ds. Mts.** abends 8 Uhr im Lokale Carl Fasbender Halver

## Vertrauensmänner-Sitzung

sämtl. Betriebe von Halver und Umgegend.

**Die Kommission.**

---

## Arbeiter und Arbeiterinnen

stellen noch ein

**Piepenstock & Co.**
**Halver.**

---

Habe einen Posten

## Zinkbleche (alte Dachrinnen)

gegen Höchstgebot abzugeben. Gefl. Anfragen unter Chiffre Nr. **A 1640** erbeten an die Geschäftsstelle des Allg. Anz. Halver.

---

## Ia Aufnehmer

sind wieder vorrätig.

**Preis Mk. 2,40**

**Wilh. Bell jr., Halver**

---

## Landwehr-Verein Schalksmühle.

**Am Sonnabend, den 23. Aug.** 8½ Uhr abends

## Generalversammlung

im Saale des Kameraden Hugo Husser.

Tagesordnung:

Aufnahme neuer Mitglieder
Beratung u. Beschlußfassung über neue Satzungen.
Vorstandswahl
Verschiedenes.

Kameraden, die dem Verein noch nicht angehören, laden wir zur Teilnahme an der Versammlung ein, damit sie mit den heutigen Satzungen und Bestrebungen des Vereins bekannt werden.*)

Wir bitten um vollzähliges Erscheinen. **Der Vorstand.**

*) Die in der Versammlung neuaufgenommenen Mitglieder sind stimmberechtigt.

---

Neu! Neu!

## Haarschleifenhalter

**(verl. d. Haarschleifen unmöglich)**

zu haben bei

**Fritz Hermann Bohmer,**
**Schalksmühle.**